



Die Vorarlberger Frage

Dieter Petras

Kerngebiet: Österreichische Geschichte

eingereicht bei: tit. Ao. Univ.-Prof. Richard Schober

eingereicht im Semester: SS 2008

Rubrik: SE-Arbeit

Abstract

The Vorarlberg Question

The following seminar-paper is about the political and hopeful democratic development in Vorarlberg during 1918/19, shortly after the ending of World War One. The people of the very small state – altogether round 150.000 and all starving by hunger and suffering from the consequences of war – were seeking desperately to enhance chances. In this situation a enormous grassroots movement increased within a few month, led by a World War veteran and former teacher with the objective of an accession to Switzerland. As will be shown, the movement did not succeed by the following matters.

Vorwort

Für einen angehenden Historiker, der seine Wurzeln mit Interesse sucht, betrachtet und pflegt, ist die „Vorarlberger Frage“ eine Thematik, die es sich auch – oder gerade – heute einer genaueren Betrachtung zu unterziehen lohnt. In einer Zeit, in der sich ein weitgehend geeintes Europa anschickt unselige Nationalismen zu überwinden und in dem gleichzeitig ein „Europa der Regionen“ postuliert wird, mag ein Blick in die Geschichte Erhellendes zutage fördern. Erhellendes über vergangene Zeitläufte, Erhellendes vielleicht aber auch in Hinblick auf noch kommende. Vielleicht mag ein

solcher Blick aber einfach Anlass dazu geben, auf die Altvorderen mit Verständnis und Wohlwollen zu blicken. Ein Verständnis und Wohlwollen, das – gerade im Rahmen dieser Thematik – selbst die eigene Zunft nicht umhinkommt zu beanspruchen. Man denke etwa an jenen Kollegen, der, beseelt von alemannischem Patriotismus, ein weitgehend eigenständiges „Räterland“, umrissen von klaren Grenzen, auf dem Gebiet des heutigen Vorarlberg zu verorten meinte, „auch wenn kein antiker Schriftsteller darüber berichtet“.¹

Die „Vorarlberger Frage“, präziserweise müsste man von „Fragen“ sprechen, ist mithin etwas, das die Phantasie der Menschen immer wieder anzuregen in der Lage zu sein scheint, etwa anlässlich der „Pro-Vorarlberg-Bewegung“ in den 1970-er Jahren.

1. Einleitung

Die Tatsache, dass das kleine österreichische Bundesland Vorarlberg kurz nach dem Ende des 1. Weltkrieges einen Anschluss an die Schweiz angestrebt hat, sorgt auch heute noch für teils emotional geführte Diskussionen. Die damaligen Bestrebungen werden teils romantisch verklärt, andererseits aber auch mit aus heutiger Sicht fragwürdigen Tatsachen apostrophiert. Etwa wenn behauptet wird, dass die Schweiz einem Anschluss nur deswegen ablehnend gegenüberstand, da ansonsten das konfessionelle Gleichgewicht zugunsten der Katholiken gekippt wäre.

Ebenfalls zu hinterfragen ist der Standpunkt der damaligen Anschlussbefürworter, Vorarlberg hätte sich traditionell – gleichsam schon immer – der Schweiz zugehörig gefühlt, jedenfalls in stärkerem Maße als zur östlichen Reichshälfte und zur Hauptstadt Wien.

Worum es den Menschen damals wirklich ging, warum sie in ihren Bemühungen letztlich scheiterten und welche Position die Schweiz innehatte soll im Rahmen dieser Arbeit näher beleuchtet werden.

2. Das Land als Teil eines größeren Ganzen

Im Jahr 1754 werden im Rahmen der Maria-Theresianischen Reformen Kreisämter geschaffen, denen als Mittelbehörden die Regulierungskompetenz zwischen Landgerichten und Grundherrschaften zukommt. An die Spitze eines Kreisamtes wird der Kreishauptmann gestellt, der die Oberaufsicht über alle Zuständigkeiten der Landstände sowie über alle Gerichte und Gemeinden erhält. Diese Maßnahmen folgen zuallererst dem Ziel der Effizienzsteigerung. Aus einer vormals engmaschigen Einteilung wird eine moderne Verwaltung – der Staat kommt quasi „näher“ zum

¹ Benedikt Bilgeri, Vom freien Rätien zum Staat der Montforter, Geschichte Vorarlbergs, Graz 1976, S. 17 ff.

Bürger, und selbst der idealtypische einfache Bauer erlangt dadurch ein ausgeprägteres Staatsbewusstsein. Im Rahmen dieser Reformen werden die Landstände entmachtet. Sie bleiben zwar nominell erhalten, jedoch erhält der Kreishauptmann das Aufsichtsrecht über deren Zuständigkeitsbereiche. Daneben werden die Privilegien der Städte beseitigt. Sie erhalten neue Verfassungen und werden den Kreisämtern unterstellt. Im Jahr 1782 kommt unter Kaiser Joseph II. Vorarlberg, das bis dahin gemeinsam mit den Vorlanden von der Vorderösterreichischen Regierung in Freiburg verwaltet worden war, zum Tiroler Gubernium, jedoch mit einem eigenem Landtag. Die bisherige Wahl der Ammänner durch die Gemeindeversammlung wird aufgehoben und die Aufgaben der Gerichte werden auf Justizaufgaben reduziert. Im Rahmen der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und mit den bayerischen Reformen des beginnenden 19. Jahrhunderts gelangen infolge auch die ehemals reichsunmittelbaren Territorien an Österreich. Damit erlangt Vorarlberg weitgehend seine heutigen Grenzen.²

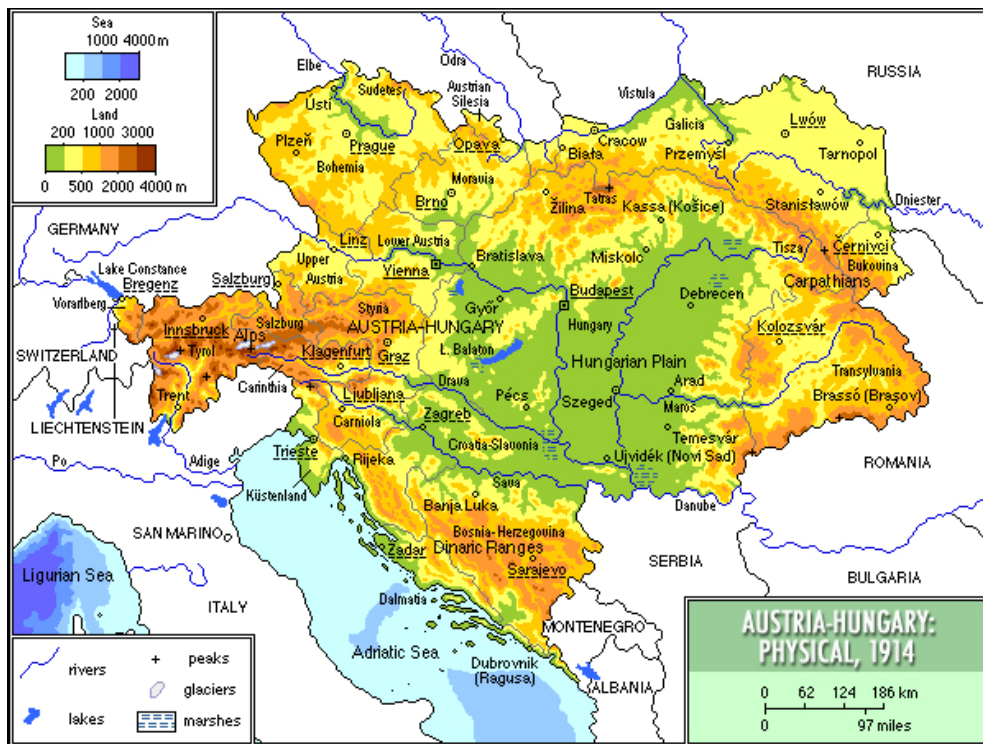


Abb.1: Vorarlberg im äußersten Westen der Österreichisch-Ungarischen Monarchie

² Wolfgang Scheffknecht, Skriptum zur 12. Sitzung im Rahmen der Vorlesung „Geschichte Vorarlbergs“ an der Universität Innsbruck, SS 2007, S. 5.

3. Erwachendes Identitätsbewusstsein

Während der Zeit des „Vormärz“ nach dem Wiener Kongress lässt sich ein allmählich aufkeimendes Vorarlberger Identitätsbewusstsein feststellen. Die Träger dieser neuen Identität treten aus den neuen Eliten der Fabrikanten hervor ebenso wie aus den Reihen der an aufklärerischen Idealen geschulten Beamten sowie den Vertretern der freien Berufe. Auch bedeutet das beginnende 19. Jhd. den Anfang der Vorarlberger Mundartdichtung. Während der Revolution von 1848/49 schließlich kommt es unter den Liberalen zu einer breiten Polarisierung durch die „Los-von-Tirol-Bewegung“. Es wird erstmals ein demokratisch gewählter Landtag gebildet. Auch eine Landesverfassung wird ausgearbeitet mitsamt dem Bekenntnis zur Eigenständigkeit des Landes. In dieser Zeit zwischen 1848/49 und dem Untergang der Donaumonarchie 1918 liegt die entscheidende Phase für die Bildung einer eigenen Vorarlberger Identität.³

4. Der Zusammenbruch der Monarchie

Als nach Kriegsende und dem damit einhergehenden Zusammenbruch der Monarchie die provisorische Nationalversammlung in Wien am 12. November 1918 die Republik ausruft, ist die Zukunft Österreichs im Hinblick auf die ausstehenden Friedensverträge noch völlig ungewiss. Ein Anschluss der Republik an Deutschland steht unter dem Eindruck der Ereignisse ebenso zur Debatte wie die Bildung eines Alpenstaates oder der Anschluss einzelner Länder an Deutschland oder gar Italien. In dieser Situation fasst man in Vorarlberg einen Anschluss an die Schweiz ins Auge. Dieser Gedanke keimte bereits, als in den letzten Kriegsmonaten ein Ende der Donaumonarchie abzusehen war – oder zumindest drohte. Das damit einhergehende Ende der Pragmatischen Sanktion erforderte notwendigerweise auch das Überdenken der staatsrechtlichen Situation des Landes.⁴

5. Die Entstehung der Vorarlberger Anschlussbewegung

Der Gedanke eines möglichen Anschlusses an die Schweiz gewinnt schließlich unter dem Eindruck des Hungerwinters 1918/19 an Bedeutung. Waren bis dahin die Beziehungen auf beiden Seiten nachbarschaftlich gewesen, so war man sich dennoch der unterschiedlichen staatlichen Identität auf beiden Seiten stets auch sehr bewusst. Folglich steht eine erhebliche Skepsis in Bezug auf die staatstragende Beamtenchaft Österreichs auf schweizerischer Seite der Angst der Vorarlberger gegenüber, sie könnten bei der noch unvollendeten Rheinregulierung territorial übervorteilt werden.

³ Wolfgang Scheffknecht, Skriptum zur 13. Sitzung im Rahmen der Vorlesung „Geschichte Vorarlbergs“ an der Universität Innsbruck, SS 2007, S. 2.

⁴ Karl Heinz Burmeister, Geschichte Vorarlbergs, ein Überblick, Wien 1998, S. 179.

Manche Versuche enge staatliche Verbindungen sowie die Vorarlberger Anschlusswünsche als historische Konstante nachzuweisen sind denn auch auf das energische Bemühen der damaligen Hauptprotagonisten sowie auf „einige spätere Historiker“⁵ zurückzuführen. In Wirklichkeit war bis zur endgültigen Niederlage der Mittelmächte sowie den darauf folgenden unerträglichen Entbehrungen der Bevölkerung ein staatlicher Anschluss an die Schweiz nie wirklich zur Diskussion gestanden.⁶ Was jedoch lange Zeit nicht einmal unterschwellig debattiert worden war, verschafft sich nun mittels eines einzigen Beschlusses in der ersten Sitzung der Provisorischen Landesversammlung am 3. November 1918 Wirkung. Das Land Vorarlberg „erklärt sich [...] zur gesetzgebenden Körperschaft [und] bildet von nun an nicht mehr ein gemeinsames Verwaltungsgebiet mit Tirol, sondern erklärt sich auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes als eigenes, selbständiges Land im Rahmen des deutsch-österreichischen Staates.“⁷ Mit diesem Beschluss erreicht das Land den Status eines vollwertigen Kronlandes. Dies bedeutet eine formale Bedingung für jegliches selbständige Verhandeln später. Die *Neue Freie Presse* vermerkt dazu: „[...] damit hat sich Vorarlberg von Tirol vollkommen freigemacht und sich die Selbständigkeit gegeben, die es schon lange erstrebt hat“.⁸

So wird denn auch bereits am Tag darauf die erste öffentliche Rede für einen Anschluss Vorarlbergs an die Schweiz gehalten, der zahlreiche weitere folgen.⁹

6. Die Akteure

Ferdinand Riedmann (1886–1968): Als neuntes von zehn Kindern in Lustenau geboren arbeitet Riedmann zunächst als Briefträger. Nachdem er die staatliche Lehrerbildungsanstalt in Innsbruck absolviert, wird er Lehrer in Alberschwende (Bregenzerwald). Als Gründer des ersten Kinos in Vorarlberg ist er innerhalb seines Umfeldes ein „Pionier der neuen Zeit“.¹⁰ Er eignet sich im Selbststudium Grundlagen der Volkswirtschaftslehre an und liest Schriften von Marx und Engels, des Fürsten Alois von Liechtenstein und des Sozialreformers Karl Vogelsang. Wie die meisten Angehörigen seines Jahrganges kämpft auch er im 1. Weltkrieg. Ferdinand Riedmann ist der Vertreter des „Volkes“ und die treibende Kraft im Ringen um einen Anschluss an die Schweiz.

⁵ Werner Dreier/ Meinrad Pichler, *Vergebliches Werben, Misslungene Vorarlberger Anschlussversuche an die Schweiz und an Schwaben 1918 bis 1920*, Bregenz 1989, S. 12.

⁶ Ebenda.

⁷ Stenografischer Sitzungsbericht der Provisorischen Landesversammlung, I. Sitzung vom 3. 11. 1918, zitiert in: Daniel Witzig, *Die Vorarlberger Frage, Die Vorarlberger Anschlussbewegung an die Schweiz, territorialer Verzicht und territoriale Ansprüche vor dem Hintergrund der Neugestaltung Europas*, Basel und Stuttgart 1974, S. 20.

⁸ *Neue Freie Presse* vom 7. 11. 1918, zitiert in: Daniel Witzig, *Die Vorarlberger Frage...*, S. 20.

⁹ Werner Dreier/ Meinrad Pichler, *Vergebliches Werben...*, S. 16.

¹⁰ Wolfgang Scheffknecht, *100 Jahre Marktgemeinde Lustenau 1902–2002*, Lustenau 2003, S. 146.

Otto Ender (1875–1960): Der christlich-soziale Landeshauptmann von Vorarlberg in den Jahren 1918 bis 1930 ist von Beruf Rechtsanwalt. Er befürwortet 1918 bis 1920 einen Anschluss Vorarlbergs an die Schweiz. Ender ist der Vermittler in diesem schroffen Gegensatz zwischen „Intelligenz“ und „Volk“. Später, in den Jahren 1930/31, avanciert er zum Bundeskanzler der 1. Republik.

Jodok Fink (1853–1929): Der aus bäuerlichem Milieu stammende Vizekanzler unter Karl Renner in den Jahren 1919/20 ist ein Mann des Ausgleichs zwischen Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten. Als Verfechter der Eigenstaatlichkeit Österreichs tritt Fink gegen die Anschlussbestrebungen seines Heimatbundeslandes zur Schweiz ein.¹¹

Felix Louis Calonder (1863–1952): Der Graubündner Politiker der Freisinnig-Demokratischen Partei FDP ist 1913 der erste Rätoromane, der in den Schweizer Bundesrat gewählt wird. Im Jahr 1918 ist Calonder schweizerischer Bundespräsident, 1919 Leiter des Politischen Departementes.¹² Calonder ist der einzige Anschlussbefürworter unter den Schweizer Bundesräten (Regierungsmitgliedern). Er sieht in den Vorarlberger Konservativen, die „in dieser Zeit den Bolschewismus unmittelbar vor ihre Türe malten, eine Gegenkraft gegen die bolschewistischen Elemente in der Schweiz.“¹³

Karl Renner (1870–1950): Als Staatskanzler von 1918 bis 1920 ist Renner maßgeblich am Entstehen der 1. Republik beteiligt. Er leitet die österreichische Delegation bei den Verhandlungen in St. Germain und ist in dieser Funktion nicht interessiert „das noch verbliebene österreichische Territorium zusätzlich zu schmälern“.¹⁴

Dr. Ulrich Vetsch (1856–1920): Der gelernte Augenarzt und Leiter des St. Gallischen Waisenhauses sowie der Taubstummenanstalt ist Kantonsrat in St. Gallen und Mitglied im Schweizerischen Initiativkomitee „Pro-Vorarlberg“.¹⁵

7. Der Werbeausschuss

Bereits am 2. November 1918, also einen Tag vor der Unterzeichnung des Waffenstillstandes zwischen Österreich-Ungarn und den Alliierten, hält Ferdinand Riedmann vor Vorarlberger Soldaten in Linz eine Rede für einen Anschluss an die Schweiz.¹⁶ Als dann am 13. November die erste Versammlung in Vorarlberg im von Riedmann erbauten Kinosaal in der Lustenauer Reichsstrasse stattfindet, ist dies bereits „ein Massenbesuch, wie ihn wohl kaum eine Versammlung im Lande gesehen haben

¹¹ http://de.wikipedia.org/wiki/Jodok_Fink, eingesehen am 20. März. 2008.

¹² http://de.wikipedia.org/wiki/Felix_Calonder, eingesehen am 20. März. 2008.

¹³ Werner Dreier/ Meinrad Pichler, *Vergebliches Werben ...*, S. 45.

¹⁴ Ebenda S. 21.

¹⁵ <http://www2.comanitas.com/uploads/media/vetsch.pdf>, eingesehen am 21. März. 2008.

¹⁶ Wolfgang Scheffknecht, *100 Jahre Marktgemeinde Lustenau...*, S. 146.

dürfte. Da waren alle Parteien, Stände und Geschlechter [Sippen, *Anm.*], viele Gäste von Bregenz, Dornbirn, Hohenems, Götzis, Schwarzach, Satteins, Ludesch, Thüringen und Nüziders, so an die 1500 Personen. Viele mussten um 8 Uhr schon umkehren, weil sie keinen Einlass mehr fanden.“¹⁷

Bei diesem Treffen werden von Riedmann drei Fragen zur Diskussion gestellt (Zitat):

- „1. Soll Vorarlberg eine selbständige Republik werden?
2. Sollen wir uns an Deutschösterreich und damit an eine großdeutsche Republik anschließen?
3. Soll sich Vorarlberg als selbständiger Kanton an die freie Schweiz anschließen?“¹⁸

In den darauf folgenden zahlreichen Versammlungen argumentiert Riedmann mit Unterstützung zahlreicher honorierter Mitstreiter für den Anschluss an die Schweiz. Daraus entwickelt sich rasch eine „Bürgerinitiative von ungeheurer Dynamik“.¹⁹ So gilt es bereits ab diesem Zeitpunkt nicht mehr „das Volk für die Schweiz zu gewinnen, sondern die einmütige Stimmung in einer organisierten Bewegung sichtbarer und hörbarer zu machen“.²⁰ Zielstrebig unterbreitet Riedmann seinen Zuhörern eine Resolution, mittels der er die Landesregierung über seine Absichten zu informieren gedenkt, die bisher behauptete, nicht über eine Anschlussbewegung informiert worden zu sein. Inhaltlich folgt Riedmann demokratischen Gepflogenheiten als er den Landesrat „auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker [ersucht], er möge die vorerwähnte Agitation zur Kenntnis nehmen“.²¹ Der Stil verrät jedoch, dass Riedmann sich in den Schützengräben mit Marx und Engels beschäftigt hatte.

Zum Zwecke eben dieser „vorerwähnten Agitation“ konstituiert sich unter Federführung Riedmanns ein „Werbeausschuss“, der noch im November zu einer allgemeinen Vollversammlung einlädt. In darauf folgenden über dreißig weiteren Versammlungen findet Riedmann, der inzwischen zum Obmann des „Landeswerbeausschusses“ gewählt wurde, mit seinen Reden, in denen er „eine Angliederung als gleichberechtigte Menschen in einem gleichberechtigten Staatswesen“ fordert, begeisterte Zustimmung unter seinen Anhängern. Am 1. März 1919 schreibt Riedmann in sein Notizbuch, dass die Vorarlberger Frage nunmehr in eine offizielle Phase eingetreten sei, die Landesregierung mit oder ohne Willen mithalten müsse.

¹⁷ Benedikt Bilgeri, *Geschichte Vorarlbergs, Kanton oder Bundesland – Untergang und Wiederkehr*, Graz 1987, S. 38.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Wolfgang Scheffknecht, *100 Jahre Marktgemeinde Lustenau...*, S. 148.

²⁰ Daniel Witzig, *Die Vorarlberger Frage...*, S.26.

²¹ Ebenda S. 27.

Weiters notiert er, dass „mich die Staatsanwaltschaft gerne geholt hätte, aber ich war zu mächtig“.²²

8. Die Haltung der Vorarlberger Bevölkerung und die Unterschriftenaktion Riedmanns

Die Haltung der Vorarlberger Bevölkerung ist schnell erklärt: „Liebe geht durch den Magen.“²³ Nachdem sich die unermessliche Not und die Vielzahl an Opfern als sinnlos erwiesen und der Kampf für Gott, Kaiser und Vaterland in Schmach und Niederlage geendet hatte, zeitigt das zum Greifen nahe Leben der Nachbarn in bürgerlicher Wohlfahrt tiefe Eindrücke bei den Vorarlbergern. Weißbrot und Schokolade, Schüblinge (Würste, *Anm.*) und Rauchwaren sind die hauptsächlichen Objekte der Begehrlichkeit. Denn all diesen Luxus gibt es in der Schweiz frei zu kaufen, während in Vorarlberg selbst Roggenbrot rationiert ist und man für andere Lebensmittel tagelang Schlange stehen muss.²⁴

Es kann deshalb kaum verwundern, dass die Agitation für den Anschluss von den Grenzgemeinden ausgeht, wo man sich nur durch staatliche Formalitäten und bürokratische Zwangsmaßnahmen von einem besseren Leben ausgeschlossen wähnt, wo man traditionell die besten Beziehungen zum gegenüberliegenden Rheinufer pflegt und wo auch der Schmuggel blüht. Als dann noch erste Lieferungen von Lebensmitteln aus der Schweiz nach Vorarlberg kommen, wird auch den Menschen in grenzferneren Gegenden bewusst, wer die herrschende Not am schnellsten lindern könnte. So besteht die Attraktivität eines Anschlusses an die Eidgenossenschaft, trotz ideologischer Unterfütterung von Seiten Riedmanns, in erster Linie in der Hoffnung auf schnelle wirtschaftliche Besserstellung. Und so sind es eben jene Bevölkerungsgruppen, die an den Folgen des verlorenen Krieges am unmittelbarsten zu tragen haben, die die Basis der „Schweizer-Freunde“ bilden. Nämlich Bauern, die durch den Krieg nicht nur ihre Söhne verloren haben, sondern durch die Kriegsbewirtschaftung auch noch ihre ökonomische Basis. Daneben finden sich unter den stärksten Befürwortern noch der gewerbliche Mittelstand, der seine Ersparnisse durch Kriegsanleihen eingebüßt hatte, die Sticker, deren Exportmarkt durch den Krieg zusammengebrochen ist sowie überhaupt vor allem kleinbürgerliche und proletarische Existenzen, die schlicht der nagende Hunger treibt.²⁵ Andere, von der elementarsten Not weniger betroffene Gruppen, wie etwa ein Großteil der Ärzteschaft, Rechtsanwälte aber auch Beamte stehen einem etwaigen Anschluss skeptischer bis ablehnend gegenüber.

²² Tagebuch F. Riedmann zitiert in: Daniel Witzig, *Die Vorarlberger Frage...*, S. 28.

²³ Werner Dreier/ Meinrad Pichler, *Vergebliches Werben...*, S. 33.

²⁴ Ebenda

²⁵ Ebenda S. 33 ff.

Der „Werbeausschuss“ und Riedmanns Agitation sind ein voller Erfolg, sein Selbstbewusstsein dementsprechend ausgeprägt: „Ganz Vorarlberg jubelte mir zu. Nur einige wütende Grossdeutsche, dann Beamte, Richter und kaisertreue Pfarrer waren Gegner. Durch meine Redegewandtheit besiegte ich sie alle.“²⁶ Ab Dezember 1918 werden bei allen Versammlungen Unterschriftenlisten herumgereicht. Obwohl einige Gemeindevorstellungen, so etwa jene in Alberschwende, Kennelbach, Bolgenach, Riefensberg, Schwarzenberg, Sibratsgfäll, und der Heimatgemeinde von Jodok Fink, Andelsbuch, eine Abstimmung verweigern, da diese keine amtliche sei, ist am Ende deren Ergebnis beachtlich. Am 29. Januar 1919 wird das Ergebnis bekannt gegeben: In Summe stimmen etwa 70 Prozent der Vorarlberger für den Anschluss.²⁷ Ferdinand Riedmann übergibt darauf die gesammelten Unterschriften am 1. März 1919 der Vorarlberger Landesregierung und bittet, die nötigen Maßnahmen zur Verwirklichung des Anschlusses einzuleiten.

9. Der Standpunkt der Landesregierung

Die provisorische Landesversammlung ist anfänglich sehr reserviert. Als jedoch ab dem Frühjahr 1919 die sozialdemokratische Dominanz in der österreichischen Zentralregierung immer endgültiger zu werden droht sowie in Bayern eine Räterepublik Wirklichkeit wird, macht Landeshauptmann Dr. Ender und mit ihm die christlich-soziale Partei den Schweiz-Anschluss zur offiziellen Politik der Vorarlberger Landesregierung.²⁸ Auf Antrag Enders wird aus der Landesversammlung ein Ausschuss gewählt, der bei den Regierungen Deutsch-Österreichs, der Schweiz und in Deutschland die Bedingungen aushandeln soll, unter denen sich das Land anschließen könne.

Der Grund für die Nachfrage bei gleich allen drei Regierungen ist staatsrechtlicher Natur und diplomatisch heikel: Vorarlberg hatte sich nämlich als selbständiges Gemeinwesen, zugleich aber auch als Land im deutsch-österreichischen Staat erklärt. Dies versucht der Landeshauptmann nun zu korrigieren, indem er das staatsrechtliche Verhältnis zu Deutsch-Österreich nun als ein Provisorisches definiert.²⁹ Er tut dies mit

²⁶ Benedikt Bilgeri, *Geschichte Vorarlbergs, Kanton oder Bundesland...*, S. 39.

²⁷ Für den Anschluss an die Schweiz stimmten in Krumbach 95%, Wolfurt 95%, Nüziders 76,7%, Buch 95%, Fraxern 92,2%, Weiler 95,2%, Nenzing 96,8%, Brand 88,2%, Bürs 90,2%, Lauterach 93,8%, Thüringen 94,7%, Ludesch 96%, Altach 87%, Sulz 85,5%, Mäder 89,6%, Röthis 81,1%, Koblach 88%, Viktorsberg 100%, Montafon 92%, Bludesch 95,2%, Göfis 86,6%, Dünserberg 76,1%, Rieden-Vorkloster 89,3%, Klösterle 93,3%, Schnifis 75,1%, Schlins 95,6%, Düns 89,3%, Bildstein 93,9%, Innerbraz 67,9%, Dalaas-Wald 87,5%, Möggers 94,3%, Gaschurn 83,4%, St. Gerold 95%, Zwischenwasser 86,9%, Raggal 93,5%, Sonntag 96,3%, Fontanella 56,3%, Thüringerberg 88,2% und Laterns 95,8% der stimmberechtigten Bevölkerung für den Anschluss; aus Benedikt Bilgeri, *Geschichte Vorarlbergs, Kanton oder Bundesland...*, S. 39.

²⁸ Ebenda S. 43.

²⁹ Daniel Witzig, *Die Vorarlberger Frage...*, S. 34.

dem Argument, dass die konstituierende Landesversammlung am 3. November 1918 eben auch eine provisorische gewesen wäre. Dieser Argumentation folgend wäre die Frage eines Anschlusses an die Schweiz ebenso wie jene nach der Zugehörigkeit zu Deutsch-Österreich oder gar eine staatliche Orientierung nach Bayern oder Württemberg dem Entscheid des Vorarlberger Landtages zu überlassen, der Status mithin noch offen, eine Volksabstimmung zwingend. Dieses Vorgehen war nicht ohne Raffinesse, Ender versucht es im Nachhinein in Abrede zu stellen. Er will sich damit möglichst lange alle Türen offen halten, um bei entsprechender Gelegenheit die ihm am günstigsten scheinende Variante zu wählen oder um lediglich mit der österreichischen Zentralregierung in Wien bessere Verhandlungsbedingungen hinsichtlich einer weitgehenden Selbständigkeit des Landes zu haben. Daneben beruhigte nämlich in Wien Jodok Fink Staatskanzler Renner, „dass die Landesregierung ohne die Zustimmung des Staatsrates nichts unternahme“, und den deutschen Gesandten, „dass Vorarlberg für Deutschland noch nicht verloren sei“.³⁰

10. Die Reaktion der politischen Eliten

Die soziale, ideelle und kulturelle Struktur des Landes ist geprägt von den drei großen politischen Parteien Österreichs, die das christlichsozial-konservative, das sozialistische und das nationale Lager repräsentieren. Allerdings hat der Krieg, als Zäsur in der Entwicklung von der Monarchie zur Republik, auch bei den Parteien Spuren hinterlassen. Spuren, die an der Verhärtung und Intoleranz aller Parteiideologien zutage treten, die liberale Traditionen zurückdrängen und diese schließlich zum Verschwinden bringen.³¹

Die Christlich-soziale Partei befindet sich in einer Zwangslage: Zwar haben auch sie in der provisorischen Nationalversammlung für die Republik gestimmt, jedoch weniger aus politischer Überzeugung als aus dem Zwang, die veränderte Situation anerkennen zu müssen; noch drei Wochen vor Ausrufung der Republik hatten sie sich mit großer Mehrheit für die Monarchie ausgesprochen. Somit opfern sie den alten Reichsgedanken, „der sich seinem historischen Begriff nach niemals auf einen nationalen Staat einschränken lässt“.³² Jodok Fink etwa bezeichnet noch im August 1918 in einer öffentlichen Rede in Dornbirn die Habsburgermonarchie als Garanten für die geografische und wirtschaftliche Einheit der österreichischen Länder. Deren möglichen Untergang hält er zu diesem Zeitpunkt noch für fatal.³³ So ist seine Haltung auch in Bezug auf die „Vorarlberger Frage“ unzweifelhaft ablehnend. Das Dilemma in dem sich das christlich-soziale Lager in Bezug auf einen Anschluss an die Schweiz

³⁰ Werner Dreier/ Meinrad Pichler, *Vergebliches Werben...*, S. 45 f.

³¹ Daniel Witzig, *Die Vorarlberger Frage...*, S. 176.

³² Ebenda S. 198 f.

³³ Wolfgang Weber in: *Vorarlberg Chronik, Bregenz 2000*, S. 207.

befindet, wird deutlich an der Person von Landeshauptmann Otto Ender: Seine abwartend-betrachtende Haltung ist gekennzeichnet von ausdauernder Unschlüssigkeit, sein eigentlicher Standpunkt bis heute umstritten.³⁴ Unumstritten ist, dass Ender einerseits bestrebt war, die Anschlussbewegung unter Kontrolle zu halten und andererseits als vorsichtiger Politiker versuchte, sich alle Möglichkeiten offen zu lassen.

Bei den Neuwahlen für die Nationalversammlung im Februar 1919 gehen andererseits die Deutsch-freiheitlichen leer aus und bei den Landtagswahlen im April erringen sie gerade zwei von dreißig Sitzen. Trotz – oder wegen – ihrer äußerst schwachen Position fühlen sich die so genannten Deutschnationalen in ihrem Selbstverständnis als die Vertreter der „Intelligenz“. Zu dieser „Intelligenz“ gehören so auch einige Akademiker, die ihre völkische Überzeugung ihrer Ausbildung an deutsch-österreichischen Universitäten verdanken. Zahlenmäßig nicht die größte Gruppe, wenngleich politisch am wirkungsvollsten sind jedoch die Vertreter aus Industrie und Handel, die sich vehement gegen einen Anschluss an die Schweiz aussprechen. So appellieren deren Vertreter in einer „Stellungnahme der Vorarlberger Industrie zum Anschlusse an die Schweiz“ in der Anschlussfrage „nicht das Fluchtgefühl walten zu lassen“.³⁵ Zur geplanten Volksabstimmung vertreten sie die Auffassung, es entspreche nicht dem „Geiste einer demokratischen Verfassung [...], Tausenden, die keine Ahnung von dem Aufbau des Landes und seiner Wirtschaft haben, die Verantwortung für die Zukunft unserer Heimat aufzuladen“.³⁶ Daneben befinden sich in ihren Reihen mehrere Deutschböhmen und -mähren, die ihren Hass auf die Tschechen nun auf das schweizerische Völkergemisch übertragen.³⁷ Da man sich unter dieser „Intelligenz“ aber auch eine eher ständische Vertretung gewisser Berufsgruppen vorzustellen hat, befinden sich unter ihnen auch Ärzte, die sich offen gegen die Schweiz aussprechen, da sie sich von ihr nicht zuletzt eine unliebsame berufliche Konkurrenz erwarten. Schließlich empfindet sich auch noch ein Teil der gehobenen Beamtenschaft als Träger der gegen die Schweiz gerichteten Opposition, denn ihrer Überzeugung nach „empfanden sie solange gut österreichisch, als sie ihrer Anstellung sicher waren, was sie sich von der schweizerischen Verwaltung kaum erhoffen konnten“.³⁸

Die Position der Vorarlberger Sozialdemokraten wiederum, die bei den Nationalratswahlen am 16. Februar 1919 von 21,8% der Vorarlberger gewählt werden, ist anfangs die, dass das kleine Land in wirtschaftlicher Hinsicht kaum lebensfähig und dadurch gezwungen sei, den Anschluss an ein Wirtschaftsgebiet zu suchen, das ihm die

³⁴ Werner Dreier/ Meinrad Pichler, *Vergebliches Werben...*, S. 61 f.

³⁵ Werner Dreier/ Meinrad Pichler, *Vergebliches Werben...*, S. 59.

³⁶ Ebenda.

³⁷ Daniel Witzig, *Die Vorarlberger Frage...*, S.178 f.

³⁸ Ebenda.

Möglichkeit bietet, seine ganzen Kräfte zu entfalten. Diese Möglichkeit wird als am wahrscheinlichsten im Deutschen Reich verortet. Dennoch spricht sich die Partei aus kulturellen Gründen – der alemannischen Stammesbrüderschaft – sowie aus wirtschaftlichen Erwägungen, namentlich der Interessen der Stickereiindustrie jenseits des Rheins, im März 1919 für eine Volksabstimmung aus und stellt es jedem Mitglied frei, gegebenenfalls nach eigenem Ermessen abzustimmen.

Diese Haltung ändert sich aber bis zum Sommer in eine klare Gegenposition. Bekenntnisse zu Deutschland mehren sich nun ebenso wie Bekenntnisse zu Deutsch-Österreich. Der sozialdemokratische Nationalratsabgeordnete Hermann Hermann, ein Harder Sticker, kritisiert im *Vorarlberger Tagblatt* die Schweiz als „kapitalistischen Wirtschaftsstaat, in dem die gleiche wirtschaftliche Bedrückung herrsche wie einst im alten Österreich“.³⁹ Auch im Landtag ergreift Hermann das Wort und nimmt am 18. Juli 1919 die Position der Staatsregierung ein, die einerseits die Friedensverhandlungen nicht durch Separationsbestrebungen gefährdet sehen will. Daneben sieht sie darin eine Schwächung der Position Deutsch-Österreichs „im Kampf um die losgelösten deutschen Gebiete Deutschböhmen, Sudetenland, Deutschsüdtirol, Teile Kärntens und der Steiermark“.⁴⁰ Karl Renner findet ebenfalls deutliche Worte, indem er gegenüber Vorarlberg die Ansicht vertritt, es treibe „Verrat am deutschen Volke, weil es naturgemäß zu Deutschland gehöre, weil Deutschland den Deutschen gehöre“.⁴¹

11. Die Haltung der wirtschaftlichen Eliten

Die Vorarlberger Unternehmer befinden sich in erbitterter Opposition gegen die Angliederung an die Schweiz, denn schon seit Jahren versuchen die Vorarlberger Fabrikanten und Kaufleute sich aus der weitgehenden Abhängigkeit von St. Gallen zu lösen und einen eigenen Exporthandel zu entwickeln. Deshalb hat sich der „Verband der Industriellen von Vorarlberg“ gleich nach dem Waffenstillstand auf den Grundsatz festgelegt: „die Vorarlberger Industrie erstrebt den Anschluss Vorarlbergs an die große, deutsche Republik“.⁴² Gleichzeitig lässt sie den Landrat wissen, dass von Seiten der Industrie jeder Versuch eines Anschlusses an die Schweiz zu verhindern versucht würde und dass selbst eine Angliederung an Italien aus privatwirtschaftlichen Gründen und gegen den Willen der Bevölkerung anzustreben wäre nur um sich dem Einfluss der St. Galler Industrie zu entziehen.

Daraus ergibt sich das Dilemma, dass damit eine kleine, jedoch einflussreiche und durchsetzungsstarke Gruppe der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung

³⁹ Vorarlberger Tagblatt, 10. 5. 1919, zitiert in: W. Dreier/ M. Pichler, *Vergebliches Werben...*, S. 54.

⁴⁰ Werner Dreier/ Meinrad Pichler, *Vergebliches Werben...*, S. 55.

⁴¹ im Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung vom 9. 9.1919, zitiert in: Daniel Witzig, *Die Vorarlberger Frage...*, S. 193.

⁴² Daniel Witzig, *Die Vorarlberger Frage...*, S. 180.

gegenübersteht, von der sie zusätzlich noch eine nicht unbeträchtliche Zahl in Lohn und Brot stellt. In der Folge sieht sich die Unternehmerschaft dann auch veranlasst, „ihre Ansicht mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln durchzusetzen“.⁴³ Im Landeskulturrat wandeln sie ihr rein privatwirtschaftliches Interesse in ein volkswirtschaftliches Anliegen um und beschwören den Anschluss an Deutschland „aus Gründen des Gedeihens unserer agrarischen Zukunft und aus Gründen allgemeiner Natur“ als natürlichste Lösung.⁴⁴ Außerdem müsste aufgrund des ungesunden Konkurrenzkampfes mit dem Untergang von einer Anzahl industrieller Unternehmungen gerechnet werden. Am 7. März 1919 weist der Verband der Vorarlberger Industriellen in einer Eingabe an den Schweizer Bundesrat auf die negativen Folgen hin, die ein Anschluss Vorarlbergs an die Schweiz für die Wirtschaft beider Staaten haben würde.⁴⁵

12. Die Position der Schweiz

In der Schweiz liegen die Verhältnisse ähnlich wie auch in Vorarlberg. Neben mehr oder weniger anschlussbegeisterten Gruppen und Einzelpersonen ist die Regierung unterkühlt.

In den Überlegungen der offiziellen Schweiz ist die Vorarlberger Frage ein politisches, wirtschaftliches und strategisches Problem, jedoch kein emotionales, als das es mittels stammesgeschichtlicher Argumentationen an sie herangetragen wird. Die schwülstige Phrase, wonach „das Blut der alten freien Walser nach seiner Quelle zurückflute“,⁴⁶ macht bei den nüchtern-realpolitisch eingestellten Eidgenossen denkbar wenig Eindruck.

Die Problematik der Kriegsschulden hingegen ist ein Thema, dem in der Debatte rund um einen möglichen Anschluss große Bedeutung beigemessen wird. Ist die Frage der Vorkriegsschulden noch eine leicht zu klärende – das Land war zu Kriegsbeginn unverschuldet – so besteht dennoch eine Staatsschuld aus dem Bau der Arlbergbahn sowie aus dem Defizit der österreichischen Verwaltungsrechnung. An diesem Punkt beginnen die Probleme.⁴⁷ Um diesbezügliche Klarheit zu gewinnen müsste die Schweiz den gesamten Finanzausgleich zwischen dem alten und dem neuen Staat sowie den Ländern kennen sowie die – zu diesem Zeitpunkt noch unklaren – Verteilungsgrundsätze. Würde nach der Fläche der Länder, nach der Bevölkerungszahl oder nach der Steuerquote geteilt? Niemand weiß darüber Bescheid. Unzweifelhaft erscheint den Schweizern allerdings, dass im Anschlussfall die Neuregelung der

⁴³ Ebenda

⁴⁴ Daniel Witzig, Die Vorarlberger Frage..., S. 180.

⁴⁵ Wolfgang Weber in: Vorarlberg Chronik..., S. 209.

⁴⁶ Werner Dreier/ Meinrad Pichler, Vergebliches Werben..., S. 78.

⁴⁷ Daniel Witzig, Die Vorarlberger Frage..., S. 148 f.

Staatszuschüsse an die finanzielle Landesgebarung kaum generös ausfallen würde, allein schon wegen der Frage der Rheinregulierung. So kommt es, dass vor den Augen der Schweiz Vorarlberg als eher armes Land dasteht, keineswegs gar als gute Partie, die es gilt sich unter den Nagel zu reißen. Außerdem lässt das Friedensdiktat gegen Deutschland Schlimmes befürchten und als dann der Entwurf des Friedens mit Österreich bekannt wird, bringt er einige Deutlichkeit in die Frage der Schuldentilgung. Vorarlberg hätte demzufolge, unter Zugrundelegung der Bevölkerungszahl für die Berechnungen, 600 Millionen Kronen an Reparationen zu zahlen. Bei Anwendung eines anderen Berechnungsschlüssels, bezogen auf die Landesfläche, würde sich die Summe auf 1.000 Millionen Kronen erhöhen. In der Schweiz geht man davon aus, dass sich die alliierten Staaten die Gelegenheit einer Vereinigung Vorarlbergs mit der Schweiz nicht entgehen lassen würden, ohne eine entsprechende Schuldenübernahme zu verlangen.⁴⁸

Ebenfalls ein Problem, dem allerdings erst in der Rückschau ein bestimmender Einfluss beigemessen wurde, ist die konfessionelle Frage. Denn grundsätzlich lässt sich feststellen, dass sich regionale Interessen stärker auswirken als konfessionelle Bedenken. Wird auch heute noch vereinzelt das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Protestanten und Katholiken argumentativ ins Treffen geführt, so lässt sich ein davon ausgehender Druck auf die politischen Entscheidungen anhand der Quellen kaum verifizieren. Zum einen weil – mangels schweizerischer Volksbefragung – ein zuverlässiges Stimmungsbild der öffentlichen Meinung fehlt, und zum anderen weil das zahlenmäßige Verhältnis der Konfessionen zueinander keineswegs so paritätisch war, wie es in der öffentlichen Diskussion später gerne dargestellt wurde. Ein Verhältnis, an dem auch ein Beitritt Vorarlbergs zu keiner wesentlichen Änderung geführt hätte. Tatsächlich lebten in der Schweiz im Jahr 1910 laut Volkszählung 2.108.590 Protestanten gegenüber 1.590.000 Katholiken. Das *Basler Volksblatt* vermerkt dazu: „Von unserem katholisch-konservativen Standpunkt müssten wir geradezu ein Esel sein, wenn wir nicht mit Wärme für die Angliederung des Vorarlberg eintreten würden.“⁴⁹

Ein anderes Problem hingegen, dessen sich die Schweiz hätte zwingend annehmen müssen, ist das Verbot des Jesuitenordens. Nach dem Sonderbundkrieg 1848 ist in der Schweiz nicht nur der Orden selbst, sondern auch dessen Mitgliedern jede Tätigkeit in Staat und Kirche verboten (bis 1973, *Anm.*).⁵⁰ Dieser Passus, der in der Schweizer Öffentlichkeit auch heftig diskutiert wird, unter anderem weil er die Frage tangiert, inwieweit der Protestantismus in der Schweiz überhaupt gefestigt sei, steht zumindest

⁴⁸ Daniel Witzig, *Die Vorarlberger Frage...*, S. 149 ff.

⁴⁹ Ebenda S. 121.

⁵⁰ http://de.wikipedia.org/wiki/Jesuiten#Verfolgungen_im_17.-20._Jahrhundert, eingesehen am 21. 03. 2008.

zu den öffentlichen Interessen Vorarlbergs im Gegensatz, konkret in Bezug auf das Jesuitenkolleg „Stella Matutina“ in Feldkirch. Dieser Punkt wird auch deshalb diskutiert, da viele Schweizer dort ihre Mittelschullaufbahn begonnen haben. Entgegen den 1919 geäußerten Erwartungen gab es jedoch keine Möglichkeit zu einer Integration der Schule in die Schweiz, selbst nicht mittels einer Verfassungsinterpretation. Außerdem hätte sich die Stella Matutina nur schwerlich säkularisieren lassen.

Was allerdings schwer wiegt, sind die wirtschaftlichen Bedenken. Selbst mehr und mehr bedrückt von den kriegsbedingten globalen Verwerfungen der Weltwirtschaft kommt die Schweiz nicht umhin einen möglichen Anschluss „des“ Vorarlberg (schweizerische Diktion, *Anm.*) anhand von Berechnungen und nüchternen Zahlenspielen durchzukalkulieren. Die sich dabei stellenden Fragen sind jene nach der Verschuldung, nach der Kreditwürdigkeit sowie nach dem Volksvermögen. Ein dabei auftretendes Problem ist jenes, dass zuverlässige Zahlen nur über die Staatsregierung sowie über Wiener Ämter bezogen werden können. Innerhalb dieser Ämter besteht jedoch zum einen ein dermaßen tiefgreifendes Misstrauen gegenüber der eigenen Regierung, dass oftmals die von ihr angeforderten Unterlagen ihren Empfänger nicht erreichen, oder dann Mängel aufweisen. Gegenüber den Nachfragen aus der schweizerischen Botschaft in Wien wahren die zuständigen Stellen dann auch größte Zurückhaltung. Zum einen aus den erwähnten internen Gründen, zum anderen weil ihnen die separatistischen Bestrebungen Vorarlbergs unsympathisch sind.⁵¹

Dennoch muss das Politische Departement versuchen, sich die wichtigsten Angaben und Zahlen zu beschaffen. Dies geschieht dann auch, zwar nicht über offizielle Emissäre mit entsprechenden Vollmachten der Schweizer Regierung ausgestattet und an Ort und Stelle, sondern mehr auf dem Weg der Geheimdiplomatie, auf höchst ungewöhnlichem Wege. Denn am Ende ist es der Gründer des Personenkomitees „Pro-Vorarlberg“, Dr. Ulrich Vetsch, der über den Leiter der Schaffhauser Kantonalbank Emil Walder-Heene ein privatwirtschaftliches Gutachten in Auftrag gibt, das dann als wichtigste Entscheidungsgrundlage dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement die Übersicht über das Vorarlberger Wirtschaftsleben gibt, mit dem dieses dann versucht die Schulden- und Valutafragen zu klären.⁵²

13. Das schweizerische Pro-Vorarlberg-Komitee des Dr. Vetsch

In St. Gallen gründet der Kantonsrat und Arzt Dr. Ulrich Vetsch 1919 ein Aktionskomitee Pro-Vorarlberg, das den Beitritt Vorarlbergs zur Eidgenossenschaft propagiert. Von November 1919 bis Juni 1920 bemühen sich die Mitglieder des Komitees die für eine Volksinitiative notwendigen Unterschriften zu sammeln. Mit

⁵¹ Daniel Witzig, *Die Vorarlberger Frage...*, S. 135 ff.

⁵² Ebenda S. 137.

einem Ergebnis von 29.132 Unterschriften scheitert diese Verfassungsinitiative jedoch deutlich. Die Ablehnung ist in den Grenzorten Buchs und St. Margarethen am stärksten ausgeprägt. Gegner wie Befürworter führen in ihren Argumentationen wirtschaftliche Gründe ins Treffen.⁵³ Dabei ist bemerkenswert, dass die Pläne von Vetsch weit über die Pro-Vorarlberg-Initiative hinausreichen, da er diese lediglich als Kernstück viel weiter reichender Zusammenschlüsse auf dem Gebiet der ehemaligen Donaumonarchie versteht, mittels derer er die Schweiz – zumindest wirtschaftlich – die Nachfolge Deutsch-Österreichs antreten lassen will, vom Kanton Jura bis an die Grenzen des neuen südslawischen Staates.⁵⁴



Abb. 2: Werbeplakat des Komitées „Pro Vorarlberg“ 1919/20

Da Vetsch durchaus Gehör findet, nicht nur in der Öffentlichkeit sondern auch vor dem Bundesrat in Bern, ist davon auszugehen, dass es ohne ihn in der Schweiz keine Anschlussfrage gegeben hätte „weil sie sonst in ihrem ersten Stadium durch die schroff ablehnende Haltung von Behörden und Öffentlicher Meinung beigelegt worden wäre“.⁵⁵

⁵³ Wolfgang Weber in: Vorarlberg Chronik..., S. 209.

⁵⁴ Daniel Witzig, Die Vorarlberger Frage..., S. 73 ff.

⁵⁵ Ebenda.

Auf der Sitzung des Landesrates vom 6. Mai 1919 kann jedenfalls Landeshauptmann Ender, eben zurückgekehrt von einer Besprechung mit Bundesrat Calonder, den Abgeordneten berichten, dass er folgende Zusicherungen erhalten habe:

„...wenn die Abstimmung ein positives Ergebnis hat, wird unsere Anschlussfrage in der Schweiz behandelt;

...durch den Eintritt in die Verhandlungen ist noch keine Seite gebunden; die Entscheidung fällt in einer späteren souveränen Volksabstimmung;

...kommt Vorarlberg zur Schweiz, so wird es nicht geteilt und etwa der Süden zu Graubünden und der Norden zu St. Gallen geschlagen, sondern es wird ein eigener Kanton.“

Der Landesrat beschließt darauf, dass die Abstimmung bereits am darauf folgenden Sonntag den 11. Mai 1919 abzuhalten sei.⁵⁶

Doch die Befürworter eines Anschlusses an die Schweiz sind nicht ohne politische Konkurrenz. Mehr als einen Monat zuvor, bereits am 4. April 1919, konstituierte sich das Vorarlberger „Schwabenkapitel“ als überparteiliche Vereinigung mit dem erklärten Ziel, den Anschlusswünschen an die Schweiz entgegenzusteuern und eine Vereinigung Vorarlbergs mit Württemberg, Baden und Südwestbayern zu einem „Großschwaben“ zu propagieren, dessen späterer Eintritt in einen gesamtdeutschen Staat beabsichtigt ist. Der Verein, der am 30. April seine erste Versammlung abhält, wendet sich in seiner Wahlwerbung vor allem an Bauern, Sticker und Gewerbetreibende, von denen angenommen wird, dass sie besonders nach der Schweiz orientiert sind. Er wird vor allem von Deutschland aus, aber auch von Institutionen und Privatpersonen aus Österreich, die mit einem Anschluss an Deutschland sympathisieren, darunter der spätere österreichische Bundespräsident Dr. Karl Renner, finanziell unterstützt.⁵⁷

Die Argumente der Deutschnationalen, die sie im *Vorarlberger Tagblatt* kundtun, das 1919 den *Vorarlberger Volksfreund* als das „Medium der deutschnationalen Agitation“⁵⁸ ablöst, reichen vom drohenden wirtschaftlichen Untergang, der Überfremdung, dem Umstand in der Schweiz wären zu viele Juden bis hin zur Mahnung, ein guter Katholik könne weder Leichenverbrennung, noch Zivilehe oder gar Ehescheidungen gutheißen. So schreibt der engagierte Deutschnationale Dr. Hans Nägele im *Vorarlberger Tagblatt*:

„Sie haben die völkische Frage, die beim Anschluss an die Schweiz doch auch behandelt werden muss, so gut wie ganz übergangen. [...] Wir haben also in der

⁵⁶ Otto Ender, Vorarlbergs Schweizer-Anschluss-Bewegung von 1918–1924 in: Schriften zur Vorarlberger Landeskunde 5, Dornbirn 1952, S. 20.

⁵⁷ Wolfgang Weber in: Vorarlberg Chronik..., S. 210 f.

⁵⁸ Werner Dreier/ Meinrad Pichler, Vergebliches Werben..., S. 127.

Schweiz ein Völkergemisch, wie wir es im alten Österreich auch nicht viel schlimmer besaßen, wir sind nun endlich der Tschechen, Polen, Kleinrussen, Italiener und polnischen Juden, die alle in dem zusammengebrochenen Österreich nebeneinander leben mussten, los geworden. Und nun sollen wir wieder zu einem Staate kommen, in welchem die Deutschen zwar die Mehrheit haben, in dem aber die Welschen viel mehr zu sagen haben, als ihrer Zahl und Bedeutung entspricht.“⁵⁹

Dem hält das christlich-soziale *Vorarlberger Volksblatt* lapidar entgegen, dass die Schweiz im Gegensatz zu Schwaben nicht nur als Wunschbild, sondern auch tatsächlich existiere – noch fehle nämlich jegliche Landverbindung mit Württemberg und Vorarlberg grenze an Bayern.⁶⁰

14. Die Haltung in Wien

Als in Wien die Provisorische Nationalversammlung am 21. Oktober 1918 zusammentritt, ist „die Sozialdemokratie nicht nur die stärkste Partei, sondern auch die einzige, die ein klares Konzept für ihre politische Tätigkeit vorweisen“ kann.⁶¹ Unsozialistisch erscheint dabei allerdings das darin enthaltene klare Bekenntnis zum Nationalstaat. Doch bereits wenige Monate später hat die Partei einen grundlegenden Schwenk in dieser Frage vollzogen, indem sie sich im Februar 1919 gegen den unabhängigen Staat und für den Anschluss an Deutschland ausspricht: „Die Verhandlungen mit dem Deutschen Reich über den Anschluss Deutsch-Österreichs haben sofort zu beginnen. Der Anschluss ist so bald wie möglich zu vollziehen“,⁶² beschließt der Verband sozialdemokratischer Abgeordneter, nachdem Staatskanzler Renner in der Provisorischen Nationalversammlung den Anschluss mit dem Hinweis auf Stammverwandtschaft, Rassengleichheit und Schicksalsgemeinschaft argumentiert. Renner selbst vertritt gegenüber Vorarlberg die Ansicht, es treibe „Verrat am Deutschen Volke“, weil es naturgemäß zu Deutschland gehöre, weil „Deutsche bei Deutschen bleiben müssten“.⁶³

Ungeachtet der gegen die Anschlussbestrebungen an die Schweiz gerichteten Bemühungen der Deutschnationalen, sowie der ablehnenden Haltung praktisch aller im Landtag vertretenen Parteien, wird am 11. Mai 1919 eine Volksabstimmung durchgeführt mit dem Ergebnis, dass eine Mehrheit von 80% der stimmberechtigten Bevölkerung für den Anschluss an die Schweiz votiert. Von den über 100 Gemeinden

⁵⁹ Ebenda S. 127 f.

⁶⁰ Werner Dreier/ Meinrad Pichler, *Vergebliches Werben...*, S. 133.

⁶¹ Daniel Witzig, *Die Vorarlberger Frage...*, S. 191.

⁶² Aktionsprogramm des Verbandes Sozialistischer Abgeordneter, Februar 1919, zitiert in: Daniel Witzig, *Die Vorarlberger Frage...*, S. 191 f.

⁶³ Ebenda S. 193.

des Landes stimmen lediglich drei gegen den Anschluss: Bludenz, Bolgenach und Hittisau; Bregenz und Feldkirch weisen einen hohen Anteil an Gegenstimmen auf. In vielen Gemeinden aber liegt der Stimmanteil der Anschlussbefürworter bei über 90%, in der Gemeinde Dünserberg sogar bei 100%. Das Ergebnis der Abstimmung zeigt, dass die Entscheidungen durchaus unabhängig von politischen Zugehörigkeiten getroffen wurden, obwohl es Widerstände von rechts („Schwabenkapitel“) und links (Postgewerkschaft) gegeben hatte.⁶⁴

15. Das Fähnlein der Vorarlberger Aufrechten auf der Friedenskonferenz in St. Germain

Im Mai 1919 befindet sich die österreichische Delegation auf der Friedenskonferenz von St. Germain, der Landeshauptmann Ender zwei Tage nach der Volksabstimmung nachreist. Allerdings weigert sich die Delegation unter Kanzler Renner die Anschlussfrage anhängig zu machen. Er vertritt nämlich – neben seinen eigenen Überzeugungen – den Standpunkt, dass die freiwillige Preisgabe von Vorarlberg Österreichs Position bei den Verhandlungen schwächen würde. Folgerichtig erklärt er sich nur bereit über die Anschlussfrage zu verhandeln, wenn diese von den Siegermächten auf die Tagesordnung gesetzt werde.⁶⁵ Nachdem außerdem die österreichischen Delegationsteilnehmer Ender stets „zur Seite stehen“, so dass er weder mit Bern, noch mit Bregenz, oder mit dem schweizerischen Botschafter in Paris in Verbindung treten kann, reicht er ein formelles Urlaubsgesuch ein und reist nach Bregenz zurück.⁶⁶

Dass die Anschlussbewegung dennoch ihren Fortgang nimmt, liegt schließlich am Willen der Vorarlberger Bevölkerung, die wie zu Beginn, so auch jetzt wieder einen starken Einfluss auf die Landesregierung ausübt: „Die ganze Bevölkerung des Vorarlberg sei entschlossen, wenn Ender die Sache nicht gut leite, direkt einzugreifen“, warnt das schweizerische Politische Departement.⁶⁷ So lässt denn auch Ferdinand Riedmann die Landesregierung umgehend wissen, dass der Werbeausschuss mit einer „Abordnung des Volkes“ in St. Germain und Bern vorsprechen werde. Doch stammt die Idee zu dieser Abordnung nicht von Riedmann selber, sondern von den französischen Vertretern an der Friedenskonferenz. Unaufgefordert nämlich schlägt der Präsident der französischen Territorialen Kommission, André Tardieu, eine Abänderung des Vertragsentwurfs vor: Statt von der österreichischen Delegation die Anerkennung der von der Entente bestimmten Staatsgrenzen zu verlangen, solle eine

⁶⁴ Karl Heinz Burmeister, *Geschichte Vorarlbergs...*, S. 180.

⁶⁵ Karl Heinz Burmeister, *Geschichte Vorarlbergs...*, S. 180.

⁶⁶ Otto Ender in: *Schriften zur Vorarlberger Landeskunde...*, S. 27

⁶⁷ Daniel Witzig, *Die Vorarlberger Frage...*, S. 283.

Klausel aufgenommen werden, nach welcher das Territorium der Republik in einem späteren Zeitpunkt durch die alliierten und assoziierten Mächte festgelegt würde.⁶⁸

Darauf einigt man sich im „Werbeausschuss“ auf zwei Vertreter, die nach St. Germain und nach Bern entsandt werden sollen, auf den – reines Hochdeutsch sprechenden – Lehrer Dr. Paul Pirker sowie den Assoziierten in Landeshauptmann Enders Rechtsanwaltskanzlei Dr. Gustav Neubner, einen zugewanderten Kärntner. Damit beginnt eine verhängnisvolle Fehlerkette. In einem Brief des stellvertretenden Leiters des Politischen Departementes an Vetsch war nämlich die Bedingung gestellt worden, „der Werbeausschuss möge einen einfachen Bauer, wenn er nur Vorarlberger ist“⁶⁹ nach Bern und nach St. Germain entsenden. Ein weiteres Versehen unterläuft dem Werbeausschuss als er seine Vertreter ohne klaren Auftrag und ohne offizielle Legitimation entsendet. Doch damit nicht genug, müssen die beiden „Delegierten“ bei ihrer Ankunft in Bern auch noch feststellen, dass für sie keine Einreisebewilligung nach Frankreich vorliegt, weil eine solche noch gar nicht beantragt worden ist. Weiter als bis nach Bern kommen die beiden Herren dann auch nicht. Außerdem ist in der Schweiz gerade Ferienzeit, die Mehrheit des schweizerischen Bundesrats urlaubt, deren Gesandte in Rom und Paris ebenso. In geradezu verzweifelten Bemühungen versuchen die beiden, unterstützt von Vetsch, nun von Bern aus zu retten was zu retten ist, indem sie einen regen Depeschenverkehr zwischen Bern und St. Germain starten. In zehn Eingaben an die Friedenskonferenz, drei an deren Präsidenten sowie mittels zweier Telegramme an die amerikanische Delegation in Paris erinnern sie nahezu flehentlich an die erklärten Friedensziele der Sieger mit der Bitte, das Anschlussgesuch nicht zu präjudizieren, sondern es an den Völkerbund zu überweisen. Mehr als schriftliche Vertröstungen erreichen sie indes nicht. Die Entente lehnt eine „Wiedererwägung“ des Vorarlberger Gesuches ab.⁷⁰

Im Zusammenhang mit den hartnäckigen Bemühungen der Vorarlberger Delegation wird auf offizieller Ebene deutlich, dass in Vorarlberg eine weitere Separationsbewegung aktiv politisch tätig ist, das „Schwabenskapitel“. Und obwohl die Vorarlberger Frage im Friedensvertrag von St. Germain keine Erwähnung erfährt, so findet die Anschlussfrage dennoch indirekten Niederschlag im offiziellen Vertragstext. Am gleichen Tag nämlich, in der gleichen Sitzung und unmittelbar vor der Behandlung der Vorarlberger Frage, berät der Oberste Rat über zwei Artikel der deutschen Verfassung. Wider den Versailler Friedensvertrag hat Deutschland – mit den Verfassungsartikeln 2 und 61 – die Wege zur Vereinigung mit Deutsch-Österreich geöffnet: Artikel 2 spricht unmissverständlich von „anderen Territorien“, welche sich kraft des Rechtes auf Selbstbestimmung dem Reich anschließen könnten; Artikel 61 § 2

⁶⁸ Ebenda S. 305.

⁶⁹ Daniel Witzig, Die Vorarlberger Frage..., S. 307.

⁷⁰ Ebenda S. 312 f.

sieht für Deutsch-Österreich bis zur Vereinigung der Länder ein konsultatives Recht und nach dem Anschluss Sitz und Stimme im Reichstag vor. Im Unterschied zur ersten Beratung der Anschlussfrage wendet sich die Konferenz nun nicht mehr nur an Deutschland, sondern gleichzeitig auch an Deutsch-Österreich. Während die deutsche Nationalversammlung gezwungen wird, den Artikel 61 § 2 für ungültig zu erklären, beschließt die Konferenz am Tage nach den Vorarlberger Gesprächen und drei Tage vor der Überreichung des endgültigen Textes, dieses Verbot auch in den österreichischen Vertrag zu übernehmen: Die deutsch-österreichische Republik muss innerhalb der bestehenden Grenzen auf ihre völkisch-nationale Bezeichnung verzichten. Sie hat sich von nun an als „Österreich“ zu bezeichnen und ihre Selbständigkeit als unveräußerlich zu akzeptieren.⁷¹ Die Vorarlberger *Frage* ist damit *beantwortet*.

Einer der besten Kenner der damaligen Verhältnisse Vorarlbergs in der Schweiz, der vom Bundesrat in Bern wiederholt zur Beratung beigezogene Dr. Arnold Engensperger aus Rorschach, schrieb über das Verhältnis von Volk und Regierung in Vorarlberg:

„Die ganze, übermächtige Aktion war eine Volksbewegung des einfachen Volkes, welches ganz einfach zur ‚Schwyz‘ gehören wollte, weil sie fanden, dass sie es dort besser haben und weil die staatlichen Einrichtungen der Schweiz mit der Demokratie überhaupt viel eher freiheitliche und doch geordnete Verhältnisse garantiere als ihr Staatswesen. Einfache Leute aus dem Volke, wie Lehrer Riedmann in Lustenau, haben die Aktion ins Leben gerufen und sie gegen den erbitterten Widerstand der sogenannten ‚Intelligenz‘ auch mit außerordentlichem Erfolg durchgeführt.“⁷²

In einem seiner letzten Briefe zur Vorarlberger Frage schreibt Landeshauptmann Ender:

„Es bleibt dann noch wahr, dass Rettung und Heil in wirtschaftlicher Beziehung nur in den Vereinigten Staaten von Mitteleuropa liegt, als da sind: Deutschland, Polen, Österreich, Tschechoslowakei, Ungarn, Südslawien, Italien. Und für diese Idee ist die Welt nicht reif; sie muss zuerst noch mehr erdulden [...]“⁷³

16. Fazit

Die heute noch vereinzelt an die Nachgeborenen vermittelte These, Vorarlberg hätte – damals wie heute – eigentlich zur Schweiz gehört und sei lediglich aufgrund konfessioneller Bedenken seitens der Schweiz im Jahr 1919 nicht als Kanton in die Eidgenossenschaft aufgenommen worden, ist zweifach zu verneinen; denn:

⁷¹ Daniel Witzig, *Die Vorarlberger Frage...*, S. 319 f.

⁷² Ebenda S. 29.

⁷³ Ebenda S. 201.

1. Die breite Zustimmung durch die Bevölkerung in der Volksabstimmung vom 11. Mai 1919 gründete vielmehr auf Not und Entbehrung und auf daraus resultierendem – allzu verständlichem – Selbstbetrug, denn auf kulturell gewachsenem latenten Zugehörigkeitsgefühl zur Eidgenossenschaft.
2. Die heute noch ins Treffen geführte angebliche Ablehnung von Seiten der Schweiz war keineswegs dem konfessionellen Gleichgewicht geschuldet. Vielmehr wurde die Frage in der Schweiz erst gar nicht zur Abstimmung gebracht, ehe auf der Friedenskonferenz von St. Germain jeglichen Anschlussbestrebungen unzweideutig ein Verbot entgegengestellt wurde.

Literatur

Bilgeri, Benedikt, Geschichte Vorarlbergs. Vom freien Rätien zum Staat der Montforter, Graz 1976.

Bilgeri, Benedikt, Geschichte Vorarlbergs. Kanton oder Bundesland – Untergang und Wiederkehr, Graz 1987.

Burmeister, Karl Heinz, Geschichte Vorarlbergs. Ein Überblick, Wien 1998.

Dreier, Werner/Pichler, Meinrad, Vergebliches Werben. Misslungene Vorarlberger Anschlussversuche an die Schweiz und an Schwaben 1918–1920, Bregenz 1989.

Ender, Otto, Vorarlbergs Schweizer-Anschluss-Bewegung von 1918–1924, in: Schriften zur Vorarlberger Landeskunde 5, Dornbirn 1952.

Scheffknecht, Wolfgang, 100 Jahre Marktgemeinde Lustenau 1902–2002. Eine Chronik, Lustenau 2003.

Scheffknecht, Wolfgang (Hrsg.), Vorarlberg Chronik, Bregenz 2000.

Scheffknecht, Wolfgang, Skriptum zur Vorlesung „Geschichte Vorarlbergs“ an der Universität Innsbruck, SS 2007 (unveröffentlichtes Manuskript – Kopie/pdf-Datei im Besitz des Verfassers).

Witzig, Daniel, Die Vorarlberger Frage. Die Vorarlberger Anschlussbewegung an die Schweiz, territorialer Verzicht und territoriale Ansprüche vor dem Hintergrund der Neugestaltung Europas, Basel und Stuttgart 1974.

Internet

Felix Calonder: http://de.wikipedia.org/wiki/Felix_Calonder, eingesehen am 20. März. 2008.

Jodok Fink: http://de.wikipedia.org/wiki/Jodok_Fink, eingesehen am 20. März. 2008.

Jesuiten: http://de.wikipedia.org/wiki/Jesuiten#Verfolgungen_im_17.-20._Jahrhundert, eingesehen am 21. März. 2008.

Dr. Ulrich Vetsch: <http://www2.comanitas.com/uploads/media/vetsch.pdf>, eingesehen am 21. März. 2008.

Abbildungen

Abb. 1: Mariusz Paździora: Austria-Hungary 1914, physical <http://commons.wikimedia.org/wiki/Image:Austria1914physical.jpg?uselang=de>, abgerufen am 21. Februar 2009.

Abb. 2: Werbeplakat des Komitées "ProVorarlberg" 1919/20 des Genfer Malers Jules Courvoisier, 1884–1936. Vorarlberg Archiv, Katalog Nr.VA01055, erhältlich unter: <http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:ProVorarlberg.jpg&filetimestamp=20071007184501>, 7.10.2007, abgerufen am 21. Februar 2009.

Dieter Petras studierte Geschichte an der Universität Innsbruck und arbeitet derzeit an einer Dissertation zur Dorfchronik einer Vorarlberger Gemeinde.
Dieter.Petras@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Dieter Petras, Die Vorarlberger Frage, in: *historia.scribere* 1 (2009), S. 583–605, [<http://historia.scribere.at>], 2008–2009, eingesehen 1.3.2009 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.